

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- a) zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln), Ingrid Hönlinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 17/7732 –

**Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes –
Schutz vor Gefahren für Leib und Leben durch kriegswaffenähnliche
halbautomatische Schusswaffen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln), Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 17/2130 –

Mehr öffentliche Sicherheit durch weniger private Waffen

A. Problem

Der menschenverachtende Massenmord auf der Insel Utøya im Sommer 2011 hat auf brutale Weise vor Augen geführt, welches Unheil mit halbautomatischen Schusswaffen, die vollautomatischen Kriegswaffen nachgebaut sind, im Falle eines Missbrauchs angerichtet werden kann. Derartige Waffen dienen in erster Linie dem Zweck, möglichst schnell möglichst viele Schüsse abfeuern zu können und dabei das Gefühl zu vermitteln, mit einer Kriegswaffe zu schießen. Weder für den Schießsport noch für die Jagd ist diese Art von Schusswaffen erforderlich. Sie bringen keinen sportlichen bzw. jagdbezogenen Mehrwert. Problematisch ist zudem, dass sie mit größeren Magazinen kompatibel sind, deren Verwendung im Schießsport sowie bei der Jagd zwar nicht gestattet ist, die aber ohne Altersbeschränkung frei verkäuflich sind.

Der Anschein einer schussbereiten Feuerwaffe spielt zudem im Zusammenhang mit täuschend echt wirkenden, aber objektiv nicht oder nur mittels Federdruck, Gas oder Druckluft schussfähigen Nachbildungen eine Rolle. Immer wieder ist es in der Vergangenheit zu Polizeieinsätzen gekommen, bei denen die Einsatzkräfte auf zumeist Jugendliche treffen, die im öffentlichen Raum mit solchen Imitaten „spielen“ und nicht sicher einschätzen können, ob es sich um gefährliche Schusswaffen handelt oder nicht. Die mit dieser Unsicherheit einhergehende potenzielle Gefahr für Leib und Leben der Jugendlichen selbst und ggf. auch

umstehender Personen ist nicht zu unterschätzen, die nervliche Belastung der Polizeibeamten/Polizeibeamtinnen nicht nötig.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, noch umfassendere gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfügbarkeit von und den Umgang zu Waffen erheblich zu erschweren bzw. zu verhindern.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/7732 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2130 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme einer der Vorlagen.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/7732 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/2130 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Der Innenausschuss

Frank Hofmann (Volkach)
Stellvertretender Vorsitzender

Günter Lach
Berichterstatter

Gabriele Fograscher
Berichterstatterin

Serkan Tören
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Wolfgang Wieland
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Günter Lach, Gabriele Fograscher, Serkan Tören, Frank Tempel und Wolfgang Wieland

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/7732** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Januar 2012 an den Innenausschuss federführend sowie an den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 17/2130** wurde in der 50. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Juni 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Sportausschuss** hat in seiner 73. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 122. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 90. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 92. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 122. Sitzung am 20. März 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat in seiner 70. Sitzung am 28. März 2012 einvernehmlich beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu den Vorlagen auf Drucksachen 17/7732 und 17/2130 durchzuführen. Die öffentliche Anhörung, an der sich sieben Sachverständige beteiligt haben, hat der Innenausschuss in seiner 74. Sitzung am 21. Mai 2012 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 74. Sitzung des Innenausschusses vom 21. Mai 2012 verwiesen (Protokoll 17/74).

Der **Innenausschuss** hat in seiner 99. Sitzung am 20. März 2013 die Vorlagen abschließend beraten und empfiehlt, den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/7732 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 17/2130 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2013

Günter Lach
Berichtersteller

Gabriele Fograscher
Berichterstellerin

Serkan Tören
Berichtersteller

Frank Tempel
Berichtersteller

Wolfgang Wieland
Berichtersteller